

Wahlprüfstein DIE LINKE

bpa.Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Friedrichstr. 148
10117 Berlin

Wahlprüfsteine des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste (bpa)

1. Wir bekennen uns zu Markt, Wettbewerb und freiem Unternehmertum in der Pflege.

Ja

Nein

Enthaltung

Markt und Wettbewerb haben auch in der Pflege dazu geführt, dass es vorwiegend um Kosteneinsparung und Gewinnmaximierung geht. In den Einrichtungen herrscht Pflegenotstand: immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Menschen in kürzerer Zeit versorgen. Die Folgen: Es fehlt die Zeit für aktivierende Pflege und zum Zuhören, für Zuwendung und Förderung. Ökonomischer Wettbewerb heißt auch, dass zwischen lukrativen Versorgungsfällen und solchen, mit denen kein Gewinn zu machen ist, unterschieden wird. Billigpflege und eklatante Niveauunterschiede sind die Folge. Das lehnt DIE LINKE ab. Gute Pflege ist ein Menschenrecht. Deshalb wollen wir den Wettbewerb zwischen den Pflegeeinrichtungen zurückdrängen und mit der neoliberalen Wettbewerbslogik brechen. Die Versorgungsfunktion, die im Gemeinwohlinteresse den Pflegeeinrichtungen per Gesetz zugeteilt wurde, muss wieder in den Mittelpunkt rücken. Die gravierenden regionalen Qualitätsunterschiede wollen wir beseitigen.

2. Für die notwendigen Investitionen in die pflegerische Infrastruktur setzen wir auch auf privates Kapital.

Ja

Nein

Enthaltung

Statt Privatisierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften, die nach Markt und Profit wirtschaften, setzt DIE LINKE auf öffentliche Investitionen, die die Lebensqualität aller verbessern. Wir investieren in den Sozialstaat und die öffentliche Infrastruktur. Mit einem 120-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm sollen die öffentlichen und privaten Investitionen angehoben und gleichzeitig mehr tarifliche und sozial regulierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Es wird finanziert aus einer gerechten Steuerreform. Hohe Vermögen und Einkommen, Erbschaften und Gewinne aus Kapital und Aktien werden stärker besteuert. So kann der Bund die zuständigen Länder zweckgebunden unterstützen, um den Investitionsstau in den Krankenhäusern abzubauen. Wir fordern eine jährliche Beteiligung des Bundes in Höhe von 2,5 Mrd. Euro (die andere Hälfte tragen die Länder).

3. Die Möglichkeit, Gewinne zu erzielen, ist eine tragende Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft. Dies muss auch für den Markt der Pflege gelten.

Ja

Nein

Enthaltung

Wie eine Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt DIE LINKE die Privatisierung wichtiger sozialstaatlicher Bereiche ab. Es muss gesetzlich ausgeschlossen werden, Pflegeeinrichtungen mit dem Ziel der Gewinnmaximierung und Kapitalrendite betreiben zu können.

4. Wir werden Wettbewerbsverzerrungen zwischen privatwirtschaftlichen und freigemeinnützigen Trägern in der Altenpflege abbauen und einzelne Trägerformen nicht weiter bevorzugen.

Ja

Nein

Enthaltung

Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören in die öffentliche Hand: Weitere Privatisierungen müssen verhindert werden. Privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wollen wir in nichtkommerzielle, öffentliche, gemeinnützige oder genossenschaftliche Trägerschaften überführen. Wir wollen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen durch öffentliche Träger zurückkaufen. Wir wollen dafür sorgen, dass der Bund den Kommunen Mittel für die Re-Kommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bereitstellt. Dies kann über einen Re-Kommunalisierungsfonds geschehen

5. Wir setzen uns für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung ein. Zentral dabei ist die Gewinnung von Fach- und Pflegekräften. Hierzu werden wir alle Möglichkeiten der Erleichterung von Umschulungen und Zuwanderung von Fachkräften und deren unbürokratische Anerkennung umsetzen.

Ja

Nein

Enthaltung

Die Gewinnung von Fach- und Pflegekräften ist zentral, um gute Pflege zu ermöglichen. Entscheidend sind dafür bessere Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung. Nur so entscheiden sich mehr Menschen für den Pflegeberuf und üben ihn lange aus. Gebührenfreie Umschulungen und Zuwanderungen können dazu beitragen, mehr Pflegekräfte zu gewinnen. Wir lehnen es aber ab, aktive Abwerbung von Fachkräften insbesondere aus ärmeren Ländern zu betreiben. Denn so werden den dortigen Gesundheits- und Pflegesystemen dort ausgebildete Fachkräfte entzogen.

6. Wir werden uns in der neuen Legislaturperiode für den Erhalt einer eigenständigen Altenpflegeausbildung über das Jahr 2026 hinaus einsetzen und die dem Bundestag vorzulegende Ausbildungs- und Prüfungsverordnung des Pflegeberufereformgesetzes hinsichtlich der Anforderungen der Altenpflege genau prüfen.

Ja

Nein

Enthaltung

DIE LINKE will die Altenpflegeausbildung in der jetzigen Struktur nicht bewahren, hält jedoch die generalistische Ausbildung für ungeeignet, die Anforderungen einer teilhabeorientierten Altenpflege zu vermitteln. Wir setzen uns deshalb weiterhin für eine integrierte Ausbildung mit einem eigenständigen Berufsabschluss als Altenpfleger/in ein. Auch die generalistische Pflegeausbildung gehört 2026 auf den Prüfstand. Wir werden uns für eine breite öffentliche Debatte der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung innerhalb und außerhalb des Bundestages einsetzen. Wir wollen gesetzliche Nachbesserungen am Pflegeberufegesetz.

7. Wir wollen die „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ neu auflegen.

Ja

Nein

Enthaltung

DIE LINKE unterstützt den Vorschlag, die „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ neu aufzulegen und will sie zugleich zu verbessern. Die Laufzeit sollte nicht begrenzt, sondern an eine erreichte Personalbemessung gebunden werden. Die Vollfinanzierung des dritten Jahres der beruflichen Weiterbildung zur Altenpflegerin bzw. zum Altenpfleger (Umschulung) wollen wir dauerhaft durch die Arbeitsagenturen bzw. die Jobcenter sichern. Die Anrechnung praktischer Berufserfahrung sowie ausländischer Berufsabschlüsse soll erleichtert werden. Die Offensive muss über Zielvereinbarungen hinaus einen verbindlicheren Charakter erhalten. Schulgeldfreiheit will DIE LINKE sowohl für alle Ausbildungen als auch für alle Umschulungen und Weiterbildungen. Dafür sollen die Menschen mit Pflegebedarf nicht zusätzlich finanziell belastet werden.

8. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode eine Beendigung der Ungleichbehandlung der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen durch eine systemgerechte Übernahme der Kosten der Behandlungspflege und der Hilfsmittel durch die Krankenversicherung.

Ja

Nein

Enthaltung

DIE LINKE unterstützt seit langem die Forderung von Sozialverbänden und Pflegeeinrichtungen, die Kosten der medizinischen Behandlungspflege und der Hilfsmittel systemgerecht durch die Krankenversicherung zu finanzieren. Neben der Entlastung der Pflegeversicherung um ca. 2,3 Milliarden Euro jährlich in der Behandlungspflege, geht es uns vor allem um die Gleichbehandlung aller Menschen mit Pflegebedarf als Versicherte.

9. Wir setzen uns dafür ein, durch eine Steuer- und Abgabenerleichterung bei den Diensten an Randzeiten und Wochenenden die Nettoverdienste für Pflegekräfte zu erhöhen.

Ja

Nein

Enthaltung

Für DIE LINKE ist eine deutliche Erhöhung der Nettoverdienste für Pflegekräfte dringlich geboten. Doch die vorgeschlagene Steuer- und Abgabenerleichterung - zusätzlich zur geltenden Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- oder Nacharbeit - ist dafür nicht geeignet. Es bliebe im Ermessen des Arbeitgebers, ob er die zusätzliche Steuer- und Abgabensenkung für eine verbesserte Entlohnung oder zur Erhöhung seines Gewinns durch Einsparung von Bruttolohnerhöhungen nutzt. Stattdessen fordert DIE LINKE, den Pflegemindestlohn sofort auf 14,50 Euro zu erhöhen und auf weitere Tätigkeitsbereiche in der Pflege auszuweiten. Die tarifliche Vergütung von Pflegefachkräften muss bundeseinheitlich als allgemeinverbindlich erklärt werden. Keine Pflegefachkraft sollte unter 3.000 Euro (in Vollzeit) in den Beruf einsteigen. Um das und mehr Personal zu finanzieren, will DIE LINKE den Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds umwandeln und die Solidarische Pflegeversicherung.

10. Wir wollen eine Digitalstrategie „Pflege“ und ein E-Health-Gesetz, das die Pflege umfasst und diese systematisch von bürokratischen Verfahren, wie z. B. der Beschaffung von ärztlichen Ver- und Anordnungen oder der Doppelabrechnung auf Papier und Datenträgern, entlastet.

Ja

Nein

Enthaltung

Ein E-Health-Gesetz, das die Pflege umfasst, unterstützen wir unter der Voraussetzung, dass die besonderen datenschutzrechtlichen Anforderungen für beeinträchtigte und pflegebedürftige Menschen erfüllt sind. Doppelabrechnungen auf Papier und digital wollen wir abschaffen, aber die Überprüfbarkeit der Abrechnungen erhöhen. Wir unterstützen den Vorschlag einer einheitlichen Versichertennummer für Kranken- und Pflegeversicherung für jede/n Versicherte/n. Eine Digitalstrategie Pflege muss über Abrechnungsfragen hinaus die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte verbessern, also auch den Einsatz von technischen Pflegesystemen und Pflegerobotern beinhalten.

11. Ärztliche Verordnungen häuslicher Krankenpflege sollen künftig verbindlich sein und nicht mehr unter dem Genehmigungsvorbehalt der Krankenkasse stehen.

Ja

Nein

Enthaltung

DIE LINKE befürwortet diesen Vorschlag, weil er eine schnellere Versorgung sichert und alle Beteiligten von Bürokratie entlastet. Das bisherige Genehmigungsverfahren stellt eine bürokratische Barriere für die Inanspruchnahme der Leistung dar. Die sogenannte "Blanko-Verordnung" wurde inzwischen auch positiv evaluiert und sollte unseres Erachtens in die Regelversorgung. Es wäre auch an der Zeit, den Direktzugang in Modellversuchen auszuprobieren, zu evaluieren, sachlich über die Ergebnisse zu diskutieren und dann zu entscheiden. Diese Frage ist natürlich auch im Kontext einer möglichen Akademisierung der Gesundheitsberufe zu sehen.

12. Wir werden die Palliativversorgung in Pflegeheimen stärker unterstützen und die Unterschiede in der personellen und finanziellen Ausstattung im Vergleich zu Hospizen abbauen.

Ja

Nein

Enthaltung

DIE LINKE will, über die Sterbebegleitung hinaus, eine vollwertige Palliativversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen sichern. Qualitätsgesicherte palliative Versorgungsleistungen dürfen in Pflegeeinrichtungen nicht anders vergütet werden als in Hospizeinrichtungen. Der Anspruch von Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen auf einen Platz im stationären Hospiz muss gesetzlich gesichert werden. Jede und Jeder soll selbst darüber entscheiden können, wo er/sie in der allerletzten Lebensphase versorgt wird.

13. Den Pflegemindestlohn wollen wir auch im „grauen Pflegemarkt“ (bei der Versorgung von Pflegebedürftigen durch „Haushaltshilfen“) durchsetzen.

Ja

Nein

Enthaltung

Den „Grauen Pflegemarkt“ will DIE LINKE überflüssig machen. Deshalb wollen wir eine Pflegeinfrastruktur und eine Pflegeversicherung, die eine gleichwertige Versorgung unabhängig vom Wohnort, vom Geldbeutel und von der Herkunft sichert. Dafür ist die Pflegevollversicherung entscheidend, weil sie alle pflegebedingten Kosten übernimmt. Als Zwischenschritt wäre der Pflegemindestlohn für Betreuungskräfte in Privathaushalten ein erforderlicher Mindeststandard. Wir wollen

versicherungspflichtige Beschäftigung vom ersten Euro an auch für Pflege- und Betreuungskräfte in Privathaushalten und mehr bezahlbare Angebote an Pflegesachleistungen.

14. Einen Paradigmenwechsel von „ambulant vor stationär“ zu „ambulant und stationär“ werden wir in der nächsten Legislaturperiode angehen.

Ja

Nein

Enthaltung

DIE LINKE verfolgt das Ziel, dass jeder Mensch mit Pflegebedarf selbst darüber entscheiden darf und kann, wo und in welcher Form die erforderliche Pflege erbracht wird. Diese Entscheidung muss möglich sein unabhängig von der Region oder vom individuellen Wohnort, unabhängig vom Geldbeutel und von der Herkunft. Diese Entscheidungsfreiheit erfordert die Pflegevollversicherung und eine Solidarische Pflegeversicherung. Das setzt eine bedarfsdeckende Pflegeinfrastruktur mit einem bedarfsdeckenden Mix an stationären und ambulanten professionellen Angeboten, also entsprechende Investitionen, voraus. Wir wollen zugleich die Kombinationsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Leistungsformen erleichtern und erweitern.

15. Wir sprechen uns gegen die Zwangsmitgliedschaft in Pflegekammern aus.

Ja

Nein

Enthaltung

DIE LINKE unterstützt, dass Pflegebeschäftigte, pflegende Angehörige und Menschen mit Pflegebedarf, ihre gemeinsamen Interessen formulieren und politisch einbringen. Eine Zwangsverkammerung ist dafür nicht die geeignete Form. Pflegekammern vertreten nicht alle wichtigen Pflegeakteure. Ihre Einflussmöglichkeiten sind eingeschränkt. Sie dürfen zudem kein Gegenmodell zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung sein. Ohne eine Reform des Kammerwesens selbst sehen wir in Pflegekammern mit Zwangsmitgliedschaft keine starke Interessenvertretung.

16. Aufgabe der Kommunen darf weder die Bedarfssteuerung pflegerischer Angebote noch die Fallsteuerung der pflegebedürftigen Menschen sein.

Ja

Nein

Enthaltung

DIE LINKE teilt die Kritik an fehlenden bundesweiten Standards, an Kleinstaaterei und kleinteiliger Interessenspolitik. Denn wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen und eine gleich gute Versorgung in allen Regionen. Die gesundheitliche und pflegerische Betreuung will DIE LINKE jedoch stärker wohnort- und patientennah sicherstellen und ausbauen. Das soll kommunale Pflichtaufgabe werden, wozu auch eine verbindliche finanzielle Basisausstattung gehört. Eine qualifizierte Bedarfsplanung ist dafür wichtige Grundlage. Wir wollen die bisher getrennte ambulante und stationäre Bedarfsplanung zu einer integrierten, alle Bereiche der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung umfassenden Bedarfsermittlung und -planung weiterentwickeln. Wir prüfen, ob gemeinsame Landesgremien so weiterentwickelt werden können, dass sie den Sicherstellungsauftrag dafür sektorenübergreifend übernehmen können, einschließlich Maßnahmen der Versorgungssteuerung in der Pflege bei erwiesenen Versorgungslücken.